



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Europa wird demokratischer und transparenter Vertrag von Lissabon im Bundestag ratifiziert

Der Deutsche Bundestag hat gestern den Vertrag von Lissabon ratifiziert. Der neue EU-Vertrag macht die Europäische Union demokratischer, transparenter und handlungsfähiger; er führt zu einer besseren Kompetenzabgrenzung zwischen den Zuständigkeiten auf europäischer und nationaler Ebene und verbessert die Einflussmöglichkeiten der nationalen Parlamente in der europäischen Rechtsetzung.

„Der Reformvertrag ist gut für Europa – und für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes“, betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Debatte. Mit dem EU-Reformvertrag wurde Europa aus dem Stillstand herausgeführt, war die Kanzlerin in der Debatte überzeugt. „Es ist eine neue Grundlage für Europa, die solide und von Bestand ist“, sagte Merkel.

Unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gelang es in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres, die Verfassungskrise zu überwinden und eine Grundsatzvereinbarung auf den neuen Reformvertrag zu erzielen. Dabei konnten wesentliche Teile der gescheiterten europäischen Verfassung in den neuen Vertrag übertragen werden. Mit dem Vertrag werde „ein einzigartiges Gebilde“ geschaffen, jedoch kein europäischer Superstaat, sagte Merkel. Die Rechte des Europäischen Parlaments werden gestärkt, dadurch werde das „einzige supernationale Parlament der Welt“ geschaffen. Es wird damit zum gleichberechtigten Mit-Gesetzgeber für die Kompetenzen, die nach Europa verlagert werden. Gleichzeitig erhält Europa erstmals eine Kompetenzordnung, die auch eine Rückübertragung von Kompetenzen von der europäischen auf die nationale Ebene erlaubt. Merkel sagte, mit dem Reformvertrag könne die Europäische Union besser ihrer Verantwortung zur „politischen Gestaltung der Globalisierung“ nachkommen. Nach den

Worten der Kanzlerin gehört dazu eine Wirtschaftsordnung mit menschlichem Gesicht, geregelte und transparente Finanzmärkte, eine wertebundene Außenpolitik, ein moderner Klima- und Umweltschutz, die Sicherung der Energieversorgung und eine geregelte Migrations- und Integrationspolitik sowie der Schutz des geistigen Eigentums. Das neue Amt des Präsidenten des Europäischen Rates werde der Arbeit des Rates Kontinuität verleihen.

Gleichzeitig wurden auch die stärkeren Rechte des Deutschen Bundestages und des Bundesrates in EU-Angelegenheiten gesetzlich geregelt. Nach dem Vertrag von Lissabon haben die nationalen Parlamente künftig die Aufgabe, über die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips zu wachen. Dieses Prinzip besagt, dass Europa nicht bereits dann handeln darf, wenn es bestimmte Probleme auch lösen kann, sondern nur, wenn es sie besser lösen kann, als die einzelnen Mitgliedstaaten. Hierfür stehen Bundestag und Bundesrat eine Rügemöglichkeit vor der Verabschiedung eines europäischen Rechtsakts und eine nachträgliche Klagemöglichkeit vor dem Europäischen Gerichtshof zu. Für beide Verfahren genügt die Zustimmung eines Viertels der Mitglieder des Deutschen Bundestages.

„Es ist wirklich auch höchste Zeit für Europa“, sagte Merkel mit Blick auf die lange Geschichte des Vertragswerkes. Die Phase der Unsicherheit und der Lähmung sei nun endlich vorbei. Der Bundesrat will am 23. Mai abschließend über den neuen EU-Reformvertrag abstimmen. Die Ratifizierung des Reformwerks werde in den Mitgliedstaaten pünktlich zum 1. Januar 2009 abgeschlossen sein, gab sich die Bundeskanzlerin daher überzeugt.

Altersvorsorge durch Wohneigentum

Mit dem Eigenheimrentengesetz setzen die Koalitionsfraktionen ein wichtiges Signal, Wohneigentum in Deutschland zu fördern. Die Regelungen der Riester-Förderung sollen künftig auch für den Erwerb oder den Bau selbstgenutzter Wohnimmobilien gelten. Damit unterstützen wir gerade junge Menschen, insbesondere Familien, ein eigenes Dach über dem Kopf zu erwerben. Der Wegfall der Eigenheimzulage, dem wir aus haushalterischen Gründen zugestimmt haben, wird damit zumindest teilweise kompensiert. Die Integration der selbstgenutzten Wohnimmobilien in die Riesen-Rente ist ein wichtiger Baustein für ein geschlossenes Konzept der privaten Altersvorsorge. Endlich wird die Immobilie nicht mehr gegenüber der Geldrente in der Altersvorsorge diskriminiert.

Mehr Schutz für Rechtsuchende

In dieser Woche wurden auf Verlangen des Bundesverfassungsgerichts die Regelungen zur Vereinbarung von Erfolgshonoraren bei Rechtsberatungen neu geregelt. Wir wollen damit zum Schutz der Unabhängigkeit der Berufsangehörigen und zum Schutz der Rechtsuchenden grundsätzlich am Verbot der Vereinbarung von Erfolgshonoraren festhalten. Im Einzelfall kann aber eine erfolgsbasierte Vergütung vereinbart werden, wenn der Auftraggeber aufgrund seiner wirtschaftlichen Verhältnisse ohne die Vereinbarung eines Erfolgshonorars von der Rechtsverfolgung abgehalten würde. Die Zulässigkeit von erfolgsabhängigen Vergütungen bleibt aber eng begrenzt. Damit wird es auch weiterhin keine Anwaltsindustrie wie in den USA geben, wo hochspezialisierte Anwaltskanzleien auf schadensträchtige Ereignisse geradezu lauern und sich dann über die Vereinbarung von Erfolgshonoraren ihre Mandanten erst suchen.

Neufassung des Wohngeldgesetzes

Der Bundestag hat heute eine Erhöhung der Höchstbeträge für Miete um 10 Prozent, die Einführung einer Heizkostenkomponente und die Erhöhung der Tabellenwerte beschlossen. Die Leistungsanpassung hat ein Volumen von jährlich 520 Millionen Euro.

Besserer Schutz für Kinder vor Missbrauch und Vernachlässigung

In jüngster Zeit wurden immer mehr Fälle von brutalen Kindesvernachlässigungen bekannt, die die Verantwortung des Staates für die Kinder deutlich zeigten. Grundsätzlich muss betont werden, dass die allermeisten Eltern ihre Kinder liebevoll und fürsorglich erziehen und damit ihren Elternpflichten nachkommen. Aber mit dem neuen Gesetz soll präventive Hilfe in den Fällen ermöglicht werden, in denen das nicht der Fall ist. Unser Ziel ist es, das Elternrecht so weit wie möglich zu wahren und nur dort einzugreifen, wo die Eltern nicht zum Wohl ihrer Kinder handeln können oder wollen. Eines ist aber auch klar: Kindesmissbrauch und –vernachlässigung kann nur verhindert werden, wenn engagierte Bürger die Initiative ergreifen und die Jugendämter im Verdachtsfall ansprechen.

Handelsverbot für Robbenprodukte

Im Vorgriff auf eine geplante europäische Regelung hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche ein Handelsverbot für Robbenprodukte beschlossen. Damit trägt Deutschland dazu bei, dass Abschachten der Jungrobben auf den polaren Eisfeldern endlich zu beenden.

Verfolgte Christen aus dem Irak aufnehmen

In den letzten Jahren hat sich die Lage der im Land lebenden Christen dramatisch verschlechtert. Um Folter und Verfolgung zu entgehen, sind viele von ihnen geflohen. An eine Rückkehr ist derzeit nicht zu denken, weil im Land keine Perspektiven für diese Menschen bestehen. Wir dürfen vor diesem Elend nicht die Augen verschließen, sondern sollten durch Aufnahme eines Teils der Flüchtlinge unseren Beitrag zur Abmilderung dieser humanitären Katastrophe leisten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und insbesondere unsere Menschenrechtspolitik haben sich frühzeitig für eine Aufnahme von Flüchtlingen eingesetzt. Der nun gefasste Beschluss der Innenminister ist deshalb ein großer Erfolg unserer Bemühungen. Wichtig ist aber, die Verfolgungen im Irak anzuprangern und auf die Einhaltung der Menschenrechte zu pochen. Wir müssen alles daran setzen zu verhindern, dass dort, wo Christen seit Jahrhunderten zu Hause waren, bald Zonen geschaffen werden, in denen kein einziger Christ mehr lebt.